

Sessionsbericht Nationalrat Sommersession 2009

Datum Juni 2009

Von Tiana Moser, Nationalrätin ZH

Die Sommersession zeichnete sich durch eine breite Palette von Geschäften aus, welche Freihandelsabkommen, die Gesundheitskosten, Umweltthemen sowie einige tierische Themen umfasste.

Freihandelsabkommen Schweiz – Japan und Schweiz – Kolumbien

Gleich zu Beginn der Session wurden im Nationalrat zwei Freihandelsabkommen von ganz unterschiedlicher Prägung behandelt. Da die Grünliberalen dem Freihandel gegenüber unter klaren Rahmenbedingungen grundsätzlich positiv eingestellt sind und auch dessen eminente Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Schweiz anerkennen, waren wir beiden Abkommen positiv gesinnt. Während wir jedoch dem Freihandelsabkommen mit Japan vorbehaltlos zustimmen konnten, gestaltete sich die Ausgangslage des Freihandelsabkommens mit Kolumbien als deutlich schwieriger. Angesichts des enormen Gefälles von Umwelt- und Sozialstandards zwischen der Schweiz und Kolumbien war besondere Vorsicht angebracht. Wir Grünliberalen sind klar der Meinung, dass sämtliche Bemühungen, verbindliche Umwelt- und Sozialstandards in Freihandelsabkommen zu integrieren, konsequent auszuschöpfen sind. Die Ausgangslage des Freihandelsabkommens Schweiz-Kolumbien erwies sich bereits in der Kommission und auch in der anschliessenden Debatte als äusserst unbefriedigend. Offensichtlich bemühen sich andere Staaten deutlich konsequenter als die Schweiz im Bereich der Umwelt- und Sozialstandards verbindliche Klauseln ins Abkommen zu integrieren. Offene Fragen konnten weder in der Kommission noch in der Debatte im Rat zufriedenstellend beantwortet werden. Sowohl die Befürworter wie auch der Bundesrat stützten sich aus unserer Sicht zu undifferenziert auf die Formel „Wirtschaftswachstum gleich höherer Wohlstand und somit höhere Umwelt- und Sozialstandards“ ab. Wir stimmten somit zwar für Eintreten, plädierten aber für einen eigenen Rückweisungsantrag. Das Votum von Tiana A. Moser:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4809/298183/d_n_4809_298183_298269.htm

Teilrevision des Forschungsgesetzes (KTI)

Ein für den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz zentrales Geschäft wurde gleich zu Beginn der Sommersession mit der Teilrevision des Forschungsgesetzes behandelt. Ziel der vorgezogenen Teilrevision war eine rasche und effiziente Stärkung der KTI (Kommission für Technologie und Innovation) als Förderungsagentur des Bundes. Die Vorlage wurde im Ständerat einstimmig gutgeheissen und fand auch im Nationalrat breite Unterstützung. Die Teilrevision ermöglicht eine rasche Stärkung der KTI zu einem wichtigen und richtigen Zeitpunkt. Die KTI krankte bisher trotz allem Erfolg an mangelnder Flexibilität, an zu komplizierten Strukturen und somit unzureichender Effizienz und insbesondere an einer ungenügenden Unabhängigkeit von der Verwaltung. Die Teilrevision setzt genau hier an und soll gerade in diesen Bereichen eine klare Verbesserung bringen. Die Grünliberalen unterstützten deshalb die Vorlage und wiesen gleichzeitig auf einige zukünftige Herausforderungen hin. Das Votum von Tiana A. Moser:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4809/298183/d_n_4809_298183_298361.htm

Zwei Volksinitiativen von Weber zum Landschaftsschutz: Schluss mit dem uferlosen Bau an Zweitwohnungen und Gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen

In der zweiten Sessionswoche standen gleich zwei Volksinitiativen des Umweltschützers Webers zur Raumplanung auf dem Programm. Die Initiativen griffen die anerkannte grosse Problematik des Zweitwohnungsbaus und der Verschandlung der Landschaft mit Grossanlagen auf. Beiden Initiativen konnten wir aber aus grünliberaler Sicht nicht zustimmen, da sie zu starr waren, die Probleme nicht zu lösen vermochten und neue geschaffen hätten. Die Grünliberalen sehen ein weit grösseres Problemlösungspotential in der Landschaftsinitiative der Umweltverbände. Die Debatte kann nachgelesen werden unter: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4809/301171/d_n_4809_301171_301172.htm

Debatte zur Kostenexplosion (Prämienexplosion im Gesundheitswesen)

In der dritten Sessionswoche wurde aus aktuellem Anlass eine ausserordentliche Debatte zur Prämienexplosion im Gesundheitswesen geführt. Thomas Weibel rief im Namen der Grünliberalen in Erinnerung, dass die dringend notwendigen Milliardenersparungen nur möglich seien, wenn alle Beteiligten – die verschiedenen Leistungserbringer, die Leistungsnachfragenden und die Versicherer - gleichermassen in die Pflicht genommen würden. Partikularinteressen hätten definitiv keinen Platz mehr. Er wies zudem auf zehn Massnahmen hin, die aus Sicht der Grünliberalen der Problematik entgegenwirken würden (<http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2009/mm20090516.pdf>). Das Votum von Thomas Weibel: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4809/303283/d_n_4809_303283_303325.htm

Tieranwaltinitiative

In der letzten Sessionswoche standen gleich mehrere Tierthemen auf dem Programm. Wichtig aber leider nicht erfolgreich war die Volksinitiative für einen Tieranwalt. Trotz des offensichtlichen, auch vom Bundesrat klar anerkannten Handlungsbedarfs, fand die Initiative im Rat kaum Unterstützung. Die kantonale Strafrechtspraxis weist im Bereich des Tierschutzes erhebliche Unterschiede auf. Der Vollzug ist ungenügend. Auch wir Grünliberalen vertraten klar die Auffassung, dass das Anliegen nicht in die Verfassung gehörte, sondern stufengerecht z.B. im Tierschutzgesetz geregelt werden sollte. Leider war es aber nicht möglich der Volksinitiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. So blieb auch uns Grünliberalen lediglich die Wahl zwischen der Verneinung der offensichtlichen Problematik einerseits und dem Verfassungsvorschlag der Initiative für eine Lösung andererseits. Das Votum von Tiana A. Moser: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4809/303880/d_n_4809_303880_304113.htm

Motion Bigger: Exportsubventionen

An einem unschönen Beispiel hat sich Anfang dritter Sessionswoche gezeigt, wie unliberal der Nationalrat positioniert ist. Nationalrat Bigger, SVP Vertreter aus dem Kanton St. Gallen, hatte am 12.März dieses Jahres eine Motion zur Förderung des Viehexportes eingereicht (08.3097). Die Motion will erreichen, dass der Viehexport finanziell weiterhin gefördert wird nachdem der Bundesrat per Ende 2009 endlich beschlossen hatte diese Exportsubventionen zu streichen. Auch die WTO hatte in der laufenden Doha Runde beschlossen, per 2013 sämtliche Exportförderungsinstrumente d.h. Exportsubventionen aufzuheben. Landwirtschaftliche Exportsubventionen sind in höchstem Masse marktverzerrend und ineffiziente Massnahmen und zudem auch ökologisch und ethische äusserst fragwürdige Instrumente. Der Nationalrat scheint hier aber anderer Meinung zu sein und hat die Motion mit 113 zu 30 Stimmen angenommen. Während die hohe Zustimmung in der SVP wenig überrascht, ist der äusserst hohe Anteil an zustimmenden FDP Stimmen einmal mehr irritierend. Die Grünliberalen haben diese Motion selbstverständlich abgelehnt. Es bleibt zu hoffen, dass der Ständerat der Minderheit des Nationalrates folgen wird.

Herzliche Grüsse

Tiana Moser, Nationalrätin